«Die Schweizer Leistung ist respektabel»

Überall in Europa sinkt die Wahlbeteiligung. Auch in der Schweiz bewegt sich die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen teilweise auf bescheidenem Niveau. Politologe Werner Seitz stellt den Schweizern dennoch ein gutes Zeugnis aus.

Weniger als die Hälfte der Schweizer Wahlberechtigten hat an den eidgenössischen Wahlen 2007 ihre Stimme abgegeben. Eine deutsche Studie (siehe Kasten rechts) sieht den Grund für die Wahlunlust in der Schweiz in einem Misstrauen und einer generellen Unzufriedenheit gegenüber Politikern und Parteien. Teilen Sie diese Analyse?

Werner Seitz: Für die Schweiz eigentlich nicht. Denn die Wahlbeteiligung war hier nie sehr hoch. Seit Ende der 70er-Jahre liegt die Wahl- und Stimmbeteiligung gar unter der 50-Prozent-Marke, wobei sie seit Mitte der 90er-Jahre wieder etwas am Ansteigen ist. Es trifft aber sicher zu, dass auch in der Schweiz eine gewisse Unzufriedenheit gegenüber Politikern und Parteien besteht. Aber dass deswegen die Wahlbeteiligung in der Schweiz so niedrig sei, würde ich nicht unterschreiben wollen. Es gibt andere Gründe für die relativ niedrige Wahl- und Stimmbeteiligung.

«Die Häufigkeit der Urnengänge kann zur Stimmabstinenz führen»

Politologe Werner Seitz

Und die wären?

Die Häufigkeit der Urnengänge beispielsweise. Anders als in den meisten Ländern wird in der Schweiz alle drei Monate über ganz unterschiedliche Sachthemen abgestimmt, und zwar auf Stufe Gemeinde, Kanton und Bund. Dies stellt natürlich für den Einzelnen schon einen ziemlichen Aufwand dar. Insofern würde ich es sogar als respektable Leistung bezeichnen, dass sich alle drei Monate im Durchschnitt 45 Prozent der Stimmberechtigten an Volksabstimmungen beteiligen.

Die Umfrage aus Deutschland zeigt zudem, dass offenbar auch deshalb nicht sehr viele zur Urne gehen, weil sie überzeugt sind, durch Wahlversprechen belogen zu werden, oder sie befürchten, dass sich durch die Wahlen ohnehin nichts verändern wird.

Dass Politiker ihre Wahlversprechen nicht immer halten oder halten können, ist eine Tatsache und liegt im Wesen der Politik. Einen Hauptgrund für die Wahlabstinenz sehe ich aber darin nicht. In der Schweiz haben allerdings Wahlen tatsächlich nicht die gleiche Bedeutung wie in anderen europäischen Staaten. Denn bei uns wählt einerseits das Parlament und nicht das Volk den Bundesrat, andererseits aber kann das Volk immer wieder zu den Vorlagen des Parlamentes Stellung nehmen und hat so hier das letzte Wort.

Man hat den Eindruck, dass früher in den Familien eher über politische Fragestellungen diskutiert wurde als heute. Oder wo sehen Sie die Gründe für die oft apolitische Haltung gerade auch vieler Jugendlicher?

Ich würde diesen Sachverhalt nicht auf die Jugendlichen reduzieren. Die Gesellschaft hat sich insgesamt geändert. Bis in die 60er- und in den 70er-Jahren gingen sehr viele aus Pflichtbewusstein heraus wählen und nicht unbedingt aus Interesse und Kompetenz oder weil sie mitbestimmen wollten. In den letzten Jahrzehnten hat in dieser Hinsicht eine eigentliche «Befreiung» stattgefunden. Heute gehen mehrheitlich diejenigen Leute wählen, die sich auch wirklich für die Politik oder für einzelne konkrete Vorlagen interessieren. Wichtig zu sagen ist in diesem Zusammenhang, dass die Beteiligung nicht konstant niedrig ist, sondern stark von der Brisanz der Wahl oder der Abstimmungsvorlage abhängt. So liegt es auf der Hand, dass eine reine Bestätigungswahl kaum viele hinter dem Ofen hervorlockt. Bei einer Kampfwahl sieht das hingegen ganz anders aus. Das Gleiche lässt sich auch bei Abstimmungen sagen. Denn sobald es beispielsweise um aussenpolitische Fragen geht, steigt die Stimmbeteiligung oft über 50 Prozent an.

Welche Entwicklung lässt sich in Sachen Wahlabstinenz bei den Altersgruppen und bei den Geschlechtern feststellen?

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass mit steigendem Alter auch die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen steigt. Geschlechtsspezifisch gibt es kaum Unterschiede bei Volksabstimmungen, wohl aber bei Wahlen: Bei den jüngsten Nationalratswahlen beteiligten sich die jüngeren und die älteren Männer stärker als die Frauen, wobei sich Letzteres historisch damit erklären lässt, dass das Frauenstimmrecht erst relativ spät im Jahre 1971 eingeführt wurde.

Es wird immer wieder behauptet, dass die Resultate von Wahlen und Abstimmungen aufgrund der relativ tiefen Beteiligung ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit abgeben. Inwieweit sind die Ergebnisse repräsentativ?

Es gibt schon eine gewisse Verzerrung zwischen der Gesamtbevökerung und den Wählenden: Obere und mittlere Schichten beteiligen sich häufiger als untere Schichten. Entscheidend aber scheint mir, dass alle die Möglichkeit haben, zu wählen und abzustimmen. Wenn sich aber beispielsweise eine Regierung über eine längere Zeit nur noch auf eine Wahlbeteiligung von etwa 30 Prozent abstützen könnte, dann dürfte dies ihrer Legitimität wahrscheinlich eher abträglich sein.

In den letzten Jahren wurde auf allen Ebenen einiges in die Wege geleitet, um Wahlmüde wieder munterer zu machen (Briefwahl, E-Voting etc.). Welcher Ansatz ist aus Ihrer Sicht der effektivste und nachhaltigste?

Die Briefwahl war ohne Zweifel ein Erfordernis der Zeit und sie wird sehr stark genutzt. Es zeigt sich, dass man insbesondere in den Städten am Abstimmungssonntag nicht mehr wie früher rituell zum Abstimmungslokal geht, sondern brieflich abstimmt. Man stimmt dann ab, wenn man Zeit hat, und nicht dann, wenn das Abstimmungslokal offen ist. Und da sich die Gesellschaft ständig ändert, dürfte wohl künftig insbesondere auch das E-Voting tendenziell eine immer grössere Nachfrage erleben.

Und was halten Sie von einer Stimmpflicht für die ganze Schweiz à la Schaffhausen?

Noch in den 30er- und 40er-Jahren kannten mehrere Kantone die Stimmpflicht. Diese hatte einen deutlichen Einfluss auf die Stimmbeteiligung, und sie hat immer noch einen, wie der Fall Schaffhausen zeigt, wo die durchschnittliche Beteiligung konstant über 60 Prozent liegt. Ich glaube aber, dass es nicht mehr unbedingt der Realität der heutigen Gesellschaft entspricht, wenn man die Leute zwingt, ihre Bürgerrechte wahrzunehmen.

INTERVIEW: THOMAS MÜNZEL

Mehrheit hat ein «sehr geringes» Interesse an Politik

In der Schweiz ist bei den eidgenössischen Wahlen 2007 nicht einmal jeder zweite Wahlberechtigte an die Urne gegangen. Grund sind offenbar Misstrauen und eine generelle Unzufriedenheit mit Politikern und Parteien. Das hat eine in dieser Woche veröffentlichte Umfrage der Stiftung für Zukunftsfragen ergeben. Fast die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer sind demnach überzeugt, durch Wahlversprechen belogen zu werden. Etwa gleich viele geben eine generelle Unzufriedenheit als Grund für ihre Wahlabstinenz an sowie die Befürchtung, durch Wahlen nichts verändern zu können. Für etwa 400 der insgesamt 1000 in der Schweiz befragten Personen sind Politikerinnen und Politiker keine moralischen Vorbilder. Weit über die Hälfte äussern denn auch ein sehr geringes Interesse an Politik. Trotz direktdemokratischer Mittel ist dieses Desinteresse in der Schweiz weiter verbreitet als im europäischen Durchschnitt: Die ebenfalls in Deutschland, Finnland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Österreich, Russland, Polen und Spanien durchgeführte Umfrage ergab einen Wert von 40 Prozent. Dagegen sind Unzufriedenheit und Resignation in anderen Ländern stärker ausgeprägt als in der Schweiz. In Deutschland etwa äusserten fast drei Viertel der Befragten eine generelle Unzufriedenheit mit Politikern und Parteien, zwei Drittel haben keine Hoffnung, durch Wahlen etwas verändern zu können. Die Befragung ist im März 2009 vom deutschen GfK-Marktforschungsinstitut in zehn europäischen Ländern bei insgesamt 12100 Personen ab 14 Jahren durchgeführt worden. *(sda/red)*

Bild mit Seltenheitswert: Immer weniger Leute gehen heute noch ins Stimmlokal. Stark im Trend liegt dafür die Briefwahl. Bild: key

DEMNÄCHST: EUROPAWAHL

Die Europawahl ist eine seit 1979 in der Europäischen Union stattfindende Wahl, bei der die Abgeordneten des Europäischen Parlaments bestimmt werden. Die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament finden vom 4. bis 7. Juni 2009 statt. In allen deutschsprachigen EU-Ländern wird am Sonntag, 7. Juni, gewählt. Die Wahl findet alle fünf Jahre statt. Das genaue Wahlsystem wird momentan noch in den einzelnen Mitgliedsländern durch nationale Regelungen bestimmt, sie mussten jedoch vor der Wahl 2004 eine Richtlinie umsetzen, die eine gewisse Vereinheitlichung der Regeln bewirkte. Die Abgeordneten werden für jeden Mitgliedstaat getrennt gewählt. Das Alter für das aktive Wahlrecht liegt in fast allen Staaten bei 18 Jahren, alleine in Österreich ist es seit diesem Jahr bei 16 Jahren. Die Wahlbeteiligung hat in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich abgenommen. *(red)*

Wenn EU-Bürger sich von Brüssel abwenden

Die EU hat zwar ein Parlament, eine Demokratie ist sie aber nur bedingt. Das zeigt sich auch am Desinteresse an Brüssel und an der Wahlabstinenz der EU-Bürger.

BRÜSSEL – Die Struktur der Europäischen Union lässt sich kaum mit jener eines demokratischen Nationalstaats vergleichen. Die scharfe Trennung der Gewalten in Legislative, Exekutive und Judikative existiert nicht. Das Parlament hat in wichtigen Bereichen keine Gesetzgebungskompetenz und kann auf eigene Initiative auch keine Gesetze ausarbeiten. Auf die Wahl der EU-Kommission haben die Volksvertreter ebenfalls nur beschränkt Einfluss. Die Bürger selber können sich bloss per Petition direkt einbringen, Initiative und Referendum fehlen ganz. EU-Experten sehen in diesen vergleichsweise undemokratischen Strukturen aber nur einen Teil des Problems. Gravierender sei, dass keine europäische Öffentlichkeit existiere, sagte Sarah Seeger, Politikwissenschaftlerin am Münchner Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), auf Anfrage.

Europäische Identität fehlt

Zwischen der EU und ihren Bürgern fehle die Verbindung. Seeger verweist auf die Wahlbeteiligung, die seit 1979 stetig zurückgegangen ist und 2005 noch bei etwas über 45 Prozent lag. Gründe dafür sieht die EU-Expertin mehrere. Die EU-Institutionen seien zu wenig bekannt und die europäischen Parteien nur schwach ausgebildet. Für nationale Parteien fehle der Anreiz, über europäische Themen zu streiten. Auf der Agenda der Parlamente fehlten europäische Themen weitgehend. «Mit Europapolitik lassen sich keine Wahlen gewinnen», sagte Seeger.

Umgekehrt werde aber die Europawahl von vielen Bürgern dazu genutzt, der eigenen Regierung einen Denkzettel zu verpassen, sagte Frank Schimmelfennig, Professor für Europapolitik an der ETH Zürich. Auch er ortet das Demokratiedefizit der EU nicht bei den institutionellen Strukturen, sondern im Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit und einer europäischen Identität.

«Europa findet nicht statt»

Die Aufmerksamkeit der Menschen liege nicht bei den Themen, die in Brüssel verhandelt würden, sagte Schimmelfennig. In vielen Medien finde Europa gar nicht statt. «Unter diesen Umständen ist es schwierig, eine funktionierende Demokratie zu organisieren», sagte er. Sowohl Schimmelfennig wie auch Seeger sehen im Vertrag von Lissabon einen Schritt in die richtige Richtung. Sollte dieser in Kraft gesetzt werden können, führt er etwa die Bürgerinitiative ein und beteiligt die nationalen Parlamente stärker an den politischen Prozessen der EU. Schimmelfennig hält gerade dieses Element für wichtig. Die nationalen Parlamente hätten mehr Medienaufmerksamkeit, mehr Unterstützung und mehr Vertrauen, sagte er. Mit der Stärkung der Parlamente werde darum auch die Repräsentation der Bürger in Europa gestärkt.

Auch Seeger glaubt, dass der Vertrag von Lissabon der Demokratisierung Europas neuen Schwung geben könnte. Die Reformen schafften Anreize für eine Auseinanderseztung über Europapolitik. «Dies kann dazu beitragen, dass sich so etwas wie eine europäische Zivilgesellschaft bildet», sagte Seeger.

NICOLAS HEHL (sda)